
Studie: Schwerpunktschulen in Rheinland-Pfalz sind für inklusiven Unterricht gut aufgestellt

Schwerpunktschulen in Rheinland-Pfalz sind auf einem guten Weg, so das Ergebnis des Forschungsprojektes „Gelingensbedingungen des gemeinsamen Unterrichts an Schwerpunktschulen in Rheinland-Pfalz“ (GeSchwind) an der Universität Koblenz-Landau, das seit 2011 die bisherigen Entwicklungen der rheinland-pfälzischen Schwerpunktschulen untersucht.

Die Studie schließt erstmalig die Forschungslücke zur Umsetzung integrativer oder inklusiver Beschulung in Rheinland-Pfalz und ist mit ihrem Umfang einmalig in Deutschland. Die Erkenntnisse sollen jetzt in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften fließen.

Inklusive Erziehung und Bildung an Schwerpunktschulen kann gelingen – bei ausreichend sonderpädagogischer Expertise und der richtigen Haltung, wie die GeSchwind-Studie zeigt. Hier hat sich seit der Einführung der ersten Schwerpunktschulen zum Schuljahr 2001/2002 einiges getan. Die Haltung herrscht vor, sich der Heterogenität zu öffnen und die daraus resultierenden Herausforderungen wahrzunehmen. Schließlich profitierten alle Kinder und Jugendlichen vom gemeinsamen Unterricht: Schüler mit Förderbedarf werden mitgenommen, die anderen lernen Anerkennung und soziale Wertschätzung. Durch die Teamarbeit von Regelschul- und Förderschullehrkräften hat sich eine kooperative Berufskultur entwickelt.

Seit Dezember 2011 untersuchen Prof. Dr. Christian Lindmeier vom Institut für Sonderpädagogik der Universität Koblenz-Landau, Prof. Désirée Laubenstein (mittlerweile Universität Paderborn) und deren Team, wie gut die Schwerpunktschulen auf die Herausforderungen der inklusiven Erziehung und Bildung vorbereitet sind und wie der gemeinsame Unterricht weiterentwickelt werden soll. Der inklusive Unterricht in Rheinland-Pfalz blickt auf eine lange Tradition zurück. Der hohe Anteil von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen und ganzheitliche Entwicklung zeigt, dass sich im Bundesland der zieldifferente Unterricht an Schwerpunktschulen etabliert hat, an diesen Schulen also verschiedene Bildungsabschlüsse erreicht werden können. Das System wird dadurch verbessert und höherer Abschlüsse können leichter erreicht werden.

In einer Vollerhebung wurden per Onlinefragebogen die damals 229 Schwerpunktschulen im Land befragt. Heute gehen 277 allgemeine Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I als so genannte Schwerpunktschulen dem erweiterten Auftrag der gemeinsamen Erziehung und Unterrichtungen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf nach. Abgerundet wurde die Erhebung durch Einzel- und Gruppeninterviews mit Expertinnen und Experten der externen Beratung und der Schul-

verwaltung sowie Gruppendiskussionen mit Lehrkräften, die die Situation im Bundesland beurteilen sollten.

Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen mehr Personal gleich bessere Inklusion, so ein Ergebnis der Studie. In welchem Umfang sonderpädagogische Expertise benötigt wird, hängt von den jeweiligen Bedingungen und Bedarfen in den Schulen ab. Es zeigt sich, dass die Lehrkräfte allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden wollen und dabei hohe Ansprüche an sich selbst stellen. Probleme bereiten den Lehrern weniger die Kinder mit Förderbedarf in den Klassen, sondern die Vielfalt im Klassenverband, die kontinuierlich zunimmt.

Inklusive Erziehung und Bildung in Schwerpunktschulen ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Noch während der Erhebungen wurden immer wieder Zwischenergebnisse an Bildungsministerium und pädagogisches Landesinstitut rückgemeldet, so dass prozessuale Entwicklungen unterstützt werden konnten. Alle Akteure seien motiviert und suchten stets nach Möglichkeiten, um auftretende Problemlagen zu lösen, so ein weiteres Ergebnis der Studie. Mittlerweile wird versucht, den Schulen mindestens ein Jahr Vorlauf zur Vorbereitung hin zur Schwerpunktschule einzuräumen. Außerdem können Lehrkräfte durch Hospitationen in anderen Schulen, die als Modelle guter Praxis dienen, sowie durch Inhouse-Studientage Gelingensbedingungen beispielhaft kennenlernen und erlernen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Schwerpunktschulen ihren erweiterten pädagogischen Auftrag des gemeinsamen Unterrichts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf sehr ernst nehmen. Sie suchen und finden Wege, ihren erweiterten pädagogischen Auftrag für alle Beteiligten umzusetzen. In Schulverwaltung, Politik und Fachkreisen ist das Interesse an den Ergebnissen dieser ersten flächendeckenden Erhebung groß. So hat der Bildungsausschuss des rheinland-Pfälzischen Landtags im November vergangenen Jahres darüber beraten. Auch auf der 30. Internationalen Jahrestagung der Inklusionsforscherinnen und -forscher (IFO) im Februar dieses Jahres an der Universität Bielefeld haben die Forscher die Studienergebnisse vorgestellt. Im Forschungsband „Auf dem Weg zur schulischen Inklusion“, der im Klinkhardt-Verlag erschienen ist, sind die Studienergebnisse veröffentlicht.

Derzeit läuft die Erhebungsphase des Folgeprojektes: Im Fokus sind jetzt die Schulen der Sekundarstufe I. Im Vergleich zu Grundschulen sehen diese Schulen sich stärker im Spannungsfeld zwischen Anerkennung der Vielfalt, Leistungserbringung und formalen Abschlussqualifikationen. Untersucht werden Schulen, die auf ihrem Weg zur inklusiven Schule hinsichtlich Unterrichtsentwicklung, Teamentwicklung und Übergang zwischen Schule und Beruf bereits weit fortgeschritten sind. „Die Schwerpunktschule stellt bei der inklusiven Schulentwicklung nicht das Ende der Fahnenstange dar, ist jedoch ein möglicher Weg zur inklusiven Schule, den man weitergehen sollte“, so Christian Lindmeier.

Kontakt:

Institut für Sonderpädagogik - Grundlagen sonderpädagogischer Förderung
Prof. Dr. Christian Linderer
Tel.: 06341 280-36720
E-Mail: lindmeier@uni-landau.de

Pressestelle Campus Landau
Kerstin Theilmann
Tel.: 06341 280-32219
E-Mail: theil@uni-koblenz-landau.de